

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 7-8

Artikel: Aus der Arbeit der kantonal-bernischen Drogenkommission
Autor: Boehlen, Marie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Arbeit der kantonal-bernischen Drogenkommission

Als Ende der sechziger und in den siebziger Jahren die Drogenwelle auch die Schweiz erfasste, war man vorerst hilflos in der Behandlung der Drogenabhängigen. Aus privater Initiative entstanden verschiedene Hilfs-einrichtungen, die jedoch zu Beginn scheiterten. Es fehlte an qualifiziertem Personal und an den nötigen Finanzen. Die Versuche haben immerhin geholfen, den Weg zu weisen.

Die Stadt Bern leistete Pionierarbeit mit ihrem Drop-in, einer spezialisierten Drogenberatungsstelle. Heute ist ihr ein «Wärchlädeli» und die Übergangsstation «Höchi» angegliedert. In Thun und Biel entstanden ähnliche Beratungsstellen, die von privaten Vereinigungen getragen werden. Pionierarbeit in der stationären Behandlung leistete ferner die private Stiftung Terra Vecchia, die im Tessin und in Detligen Wohngemeinschaf-ten mit acht bis zehn drogenabhängigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen führt. Der Kantonalbernische Verein für kirchliche Liebestätigkeit erarbeitete im «Aebi-Hus» in Brüttelen, in einer kantonalen Liegenschaft, ein effizientes Behandlungskonzept für eine Grossgemeinschaft, die heute bis sechzig Abhängige aufnehmen kann. Vor zwei Jahren wurde ihr eine Übergangsstation im Maison Blanche in Leubringen angegliedert. Hier können gegen fünfzig Abhängige langsam darauf vorbereitet werden, wieder einer Erwerbstätigkeit ausserhalb der Institution nachzugehen.

Pionierarbeit leistete auf dem Gebiet der Prophylaxe und der Aufklä-rung und Vorbeugung die Stelle Alkoholvorsorge und Information über Suchtgefahren im Kanton Bern. Sie beschaffte Broschüren für die ver-schiedenen Bedürfnisse und entfaltete eine rege Tätigkeit in Schulen und Vereinigungen aller Art. Heute wird die Stelle durch einen Lehrer unter-stützt, der Erfahrung in der Arbeit mit Drogenabhängigen besitzt und eine gute Methode im Gruppengespräch entwickelt hat.

Beratende Kommission

Der Kanton Bern hat schon vor Jahren erkannt, dass das Drogenpro-blem auch vom Kanton aufgenommen werden muss, wie es übrigens durch das eidgenössische Betäubungsmittelgesetz in den Artikeln 15a, 15b und 34 den Kantonen zur Pflicht gemacht wird. Als einer der ersten Kantone setzte er eine «Kommission zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs» ein. Auch diese Kommission musste in den ersten Jahren mühsam nach fach-lich angepassten Methoden und Mitteln der Arbeit suchen. Vor rund zwei Jahren wurde sie neu konstituiert; seither stehen sechs Mitglieder der fünfzehnköpfigen Kommission in der praktischen Arbeit mit Drogen-

gefährdeten und -abhängigen; das kantonale Parlament, die Fachärzteschaft, die Gerichtspräsidenten (die gegenüber fehlbaren Drogenabhängigen zu urteilen haben) und die Polizei sind neben der kantonalen Verwaltung in der Kommission vertreten. Diese Zusammensetzung hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. Jedenfalls hat die Kommission (Dro-ko) in den vergangenen zwei Jahren eine rege Tätigkeit entfaltet und der kantonalen Fürsorgedirektion zahlreiche Anträge zur Förderung der Massnahmen in der Behandlung von Drogenabhängigen und gegen den Drogenmissbrauch unterbreitet, denen die Direktion nahezu ausnahmslos entsprochen hat.

Dementsprechend hat sich auch der Budgetposten des Kantons für den Drogensektor für das Jahr 1979 auf 2,1 Millionen Franken erhöht. Dazu kommen noch Kantonsanteile an die finanziellen Leistungen von Gemeinden für Institutionen der Drogenberatung und Behandlung. Schliesslich ist eine Millionen Franken eingesetzt für den Erwerb und die Einrichtung einer weiteren Wohngemeinschaft. Man darf daher wohl sagen, dass der Kanton Bern auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung aktiv ist.

Das Drogenkonzept

Im Jahre 1973 erarbeitete die damalige Dro-ko ein Gesamtkonzept zur Behandlung Drogenabhängiger, das die folgenden Einrichtungen vorsah:

1. Zur Behandlung und Beratung

- a) Auffangstellen (Drop-in)
- b) Notschlafstellen (Sleep-in)
- c) eine kantonale Drogenklinik unter fachlich kompetenter Leitung

2. Zur Wiedereingliederung

- a) therapeutische Wohngemeinschaften für langfristige Wiedereingliederung
- b) Familienpflege

3. Zur Versorgung Unheilbarer und Verwahrloster

eine Versorgungsanstalt, eventuell auf interkantonaler Ebene, zu schaffen

4. Zur Prävention

- a) polyvalente sozialpsychiatrische Dienste
- b) Ausbau der Erziehungsberatung
- c) Freizeit- und Jugendzentren

Der Schaffung einer Drogenklinik wurde Priorität eingeräumt.

Die gegenwärtige (weitgehend neu besetzte) Dro-ko sah sich gestützt auf die seit 1973 gewonnene Erfahrung veranlasst, die Prioritäten neu zu setzen. Die Schaffung einer Drogenklinik unter medizinischer Leitung und mit paramedizinischem Personal für die Behandlung von schwerster Drogenabhängigkeit mit Komplikationen, Notfällen und für den körperlichen Entzug wurde fallengelassen. Solche Fälle werden besser in Akutspitälern

oder psychiatrischen Kliniken behandelt, bis die Betroffenen allfällig in eine Wohngemeinschaft überreten können. Die Dro-ko hat sich für diesen Entscheid auch auf Erfahrungen im Ausland gestützt.

Erste Priorität wurde der qualitativen Verbesserung und der Erweiterung des Angebotes an therapeutischen Wohngemeinschaften (WG) eingeräumt. Es zeigte sich nämlich, dass die Beratungsstellen laufend nicht in der Lage waren, alle entzugswilligen Drogenabhängigen, deren ambulante Behandlung nicht zum Ziel führte, in einer WG unterzubringen.

Die Schaffung einer «Versorgungsanstalt» gemäss Ziffer 3 oben hat die Kommission vorderhand ebenfalls fallenlassen. Die Priorität muss bis auf weiteres den aktiven Projekten geschenkt werden.

Der Suche und Vorbereitung von Familien zur Aufnahme und Betreuung Drogengefährdeter wird sich voraussichtlich der gesamtkirchlich Beauftragte annehmen.

Die Beratungsstellen

Vor Jahren schon hat der Kanton erkannt, dass Beratungsstellen (und WG) der öffentlichen Unterstützung bedürfen, um mit qualifiziertem Personal langfristig arbeiten zu können. Er hat daher begonnen, diese Einrichtungen finanziell zu unterstützen. Die Dro-ko stellte sich sodann die Frage, nach welchen Kriterien finanzielle Unterstützungen sinnvoll zu gewähren sind. Sie hatte jeweils als beratendes Organ zu entsprechenden Subventionsgesuchen zuhanden der Fürsorgedirektion Stellung zu nehmen. So hat die Dro-ko zu Beginn des Jahres 1978 «Richtlinien für Beratungsstellen» erarbeitet. Sie dienen nicht nur der Kommission als Kriterien für die Beurteilung von Subventionsgesuchen, sondern weisen gleichzeitig den gesuchstellenden Institutionen die Richtung für die Gestaltung ihrer Arbeit. Grob zusammengefasst sollen die Beratungsstellen freiwillig Hilfesuchende in umfassender Weise beraten und auch Angehörigen sowie weiteren Interessierten beratend zur Verfügung stehen. Drogenabhängige, denen ambulant nicht geholfen werden kann, sollen in eine WG vermittelt werden, sofern sie entzugswillig sind. (Die Motivation des Drogenabhängigen hat sich als massgebendes Kriterium der Behandlungsfähigkeit erwiesen.) Die Beratungsstellen sollen über qualifiziertes Fachpersonal, wie Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen und/oder Psychiater (auch teilzeitmäßig), verfügen.

Die Dro-ko gelangte zum Schluss, dass solche spezialisierte Beratungsstellen je einer ganzen Region zur Verfügung stehen sollen. Heute bestehen deren drei, nämlich in Bern, Biel und Thun. Eine weitere ist in Langenthal für den Oberaargau im Aufbau begriffen.

In Ergänzung zu diesen spezialisierten Beratungsstellen haben es die 24 Alkoholberatungsstellen im Kanton Bern seit Jahren übernommen, erste Beratung von Drogengefährdeten zu leisten. Ihr Verband wird hiefür

vom Kanton entschädigt. Es ergibt sich so ein Beratungsnetz über den ganzen Kanton, das nun noch ergänzt werden soll durch einen gesamtkirchlichen Beauftragten für Drogenfragen der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Bern.

Therapeutische Wohngemeinschaften

Wie für die Beratungsstellen, so hat die Dro-ko ebenfalls für die WG einen «Anerkennungsfragebogen für Wohngemeinschaften» festgelegt. Die WG müssen diesen Kriterien entsprechen, wenn sie kantonale Subventionen beanspruchen wollen. Sie müssen sich namentlich über ihre Trägerschaft und ihre finanziellen Verhältnisse ausweisen; sie haben ihre Arbeitsweise klar darzulegen, die für die Klienten vorgesehene Beschäftigung und den Klientenkreis anzugeben sowie ihre Mitarbeiter zu beschreiben. Es kommen in der Regel nur Mitarbeiter in Frage, die über Erfahrung auf dem Gebiet der Drogentherapie verfügen. Im allgemeinen ist die Beratung (Supervision) der Mitarbeiter durch eine aussenstehende Fachkraft erwünscht.

Der Anerkennungsfragebogen für WG wie die Richtlinien für Beratungsstellen sind bereits erprobt und haben sich bewährt. Sie werden auch von den Institutionen, die Subventionen beanspruchen möchten, als echte Hilfe geschätzt. Es sind zurzeit sechs WG im Kanton Bern anerkannt und werden subventioniert. Eine siebte WG im Südjura ist im Aufbaustadium und hat hiefür vom Kanton einen Beitrag erhalten. Eine achte WG ist zurzeit noch einer Klinik angegliedert.

Um dem akuten Mangel an stationären Hilfsmöglichkeiten zu begegnen und die Schaffung weiterer WG zu fördern, hat die kantonale Fürsorgedirektion auf Antrag der Dro-ko im Jahre 1976 an Praktikanten in verschiedenen WG Stipendien ausgerichtet. Nach diesem Start können die Praktikanten nun ordentliche Stipendien in Anspruch nehmen. Diese Heranbildung von Nachwuchskadern ist unbedingt erforderlich, um die Abgänge zu ersetzen (Arbeit in einer WG für Drogenabhängige kann nicht zeitlich unbeschränkt geleistet werden) und für eventuelle neue WG zur Verfügung zu stehen. Die Dro-ko beabsichtigt, ein Berufsbild auszuarbeiten.

Zurzeit erarbeitet die Dro-ko ein Konzept für den Aufbau einer Grossfamilie (WG) für drogengefährdete und -abhängige Schulpflichtige. Der Einstieg in die Drogenszene erfolgt heute zum Teil schon um das 14. Altersjahr herum. Keine der bestehenden WG ist dafür eingerichtet, Schulpflichtige aufzunehmen. Die Erziehungsheime lehnen ihre Aufnahme mit Recht ab. Wirksame Hilfe sollte jedoch so früh als möglich einsetzen. Eine kürzlich durchgeföhrte Erhebung hat ergeben, dass es im Kanton Bern um die 25 Konsumenten «weicher» Drogen und um die fünf Konsumenten «harter» Drogen gibt, die noch nicht sechzehnjährig sind. Die Planung

und der Aufbau einer Grossfamilie für Schulpflichtige wird noch sorgfältige und gründliche Vorarbeiten erheischen.

Zur Prophylaxe

Zu dem in der Einleitung Absatz 3 Gesagten ist lediglich beizufügen, dass der Kanton auf Antrag der Dro-ko wiederholt Broschüren zum Drogenproblem finanziert hat. Seit dem letzten Jahr wird der Lehrer, der insbesondere Gespräche mit Schulklassen aller Art führt und auch den Lehrern und Eltern zur Beratung zur Verfügung steht, vom Kanton entschädigt. Es geht dabei nicht etwa bloss um Aufklärung über Drogen und ihre Wirkungen. Vielmehr muss im Gruppengespräch ein Vertrauensverhältnis geschaffen werden, das den Schülern hilft, sich über ihre Probleme ganz allgemein auszusprechen. Das verlangt besonderes Geschick. Es ist sodann auch, wo nötig, eine ganzheitliche Hilfe anzubieten, wobei zum Teil auf spezialisierte Institutionen zurückgegriffen werden kann und muss.

Die intensive Arbeit der Dro-ko und ihrer Mitglieder während der vergangenen zwei Jahre hat zu einem guten Teil zur Konkretisierung des Drogenkonzeptes von 1973 beigetragen. Allein die Dro-ko wird noch weiterhin recht viel zu leisten haben.

Das Drogenproblem bleibt akut und schwierig anzugehen, auch wenn der sogenannte Neugierkonsum in der letzten Zeit vielleicht zurückgegangen ist. Um so mehr hat man es heute mit vielfach toxikomanen, zum Teil ausgeflippten, öfters straffällig Gewordenen zu tun, die schon längere Zeit mehr oder weniger aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Ihre Problematik ist äusserst komplex; ihnen zu helfen, mit der Droge zu leben und trotzdem nicht unterzugehen, ist eine überaus intensive, anspruchsvolle und gelegentlich auch frustrierende Aufgabe. Aber wir sind diesen jungen Menschen gegenüber mitverantwortlich und müssen alles versuchen, was uns möglich ist.